

## Alles nur Kosmetik

Es muss sich etwas ändern, befand der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages in seinem Abschlussbericht 2013 und gab der Bundesregierung 47 Handlungsempfehlungen. Nun kommt der erste Umsetzungsvorschlag: Das Bundesjustizministerium legt ein Bündel Gesetzesmaßnahmen vor, das viele Seiten füllt, aber reine Kosmetik bleibt; „Symbolpolitik“, wie die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf kritisieren.

„Rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe“ sollen nach dem neuen Gesetz in Zukunft bei der Urteilsfindung berücksichtigt werden. Das ist Augenwischerei, denn dafür bietet das Strafrecht schon jetzt ausreichend Möglichkeiten. Das Problem liegt darin, dass bei den Ermittlungen aus vielen verschiedenen Gründen häufig zu schnell ein möglicher rechter bzw. rassistischer Hintergrund ausgeschlossen wird. Dagegen hilft die Veränderung des Strafmasses nicht! Ändern würde sich nur etwas, wenn die wichtigste Empfehlung des Ausschusses umgesetzt und bei bestimmten Fallkonstellationen eine Ermittlungspflicht eingeführt würde, um ein rechtes bzw. rassistisches Tatmotiv aktiv auszu-



Demonstration zur Eröffnung des Prozesses gegen Beate Zschäpe in München

schließen. Darauf geht der Gesetzesentwurf aber gar nicht ein.

Zahnlos bleibt er auch, weil er keinen Merkmalskatalog für rechte Straftaten ins Strafgesetzbuch einführt. Was unter rechter Gewalt zu verstehen ist, bleibt im Dunkeln. Das heißt, es bleibt alles beim Alten, so wie zuletzt in dem Fall von Brandstiftung in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft, der am Amtsgericht Rathenow verhandelt wurde. Das Gericht sah darin ein „jugendtypisches“ Delikt, mit dem die Täter über ihr Ziel, Kritik an der Lokalpolitik, hinausgeschossen seien. Der rechte Tathintergrund wurde ausgeklammert und in keiner Weise thematisiert, dass die Brandstiftung eine

Drohbotschaft an Flüchtlinge darstellt. Der erschütternde Umgang der Ermittlungsbehörden mit den Angehörigen der Mordopfer des NSU-Terrors bleibt durch den Gesetzesentwurf gänzlich unberücksichtigt. Es findet sich kein Hinweis auf das Hauptproblem, den institutionellen Rassismus, der die Ermittlungen prägte. Der notwendige grundlegende Kulturwandel in den Ermittlungsbehörden kann aber nur erreicht werden, wenn das Problem Rassismus benannt und angegangen wird.

Die gesamte Stellungnahme ist auf der Webseite der Opferperspektive zu finden.

### INHALT

#### TITEL

Alles nur Kosmetik

#### THEMA

Rechte Gewalttäter bleiben weitgehend unbehelligt

#### THEMA

Andenken an wohnungslose Todesopfer zynisch vereinnahmt

#### ANTIDISKRIMINIERUNG

Rassismus im Alltag stärker in den Blick nehmen

#### TIPP

„Ich wollte leben wie die Götter“  
Lese- und Veranstaltungstipp

#### DOKUMENTATION

Erstmals Chronik aller rechten Aktivitäten im Land Brandenburg

#### PUBLIKATION

Qualitätsstandards der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt

#### IMPRESSUM

### MONITOR

Im Audimax der Fachhochschule Brandenburg/Havel wird ein Spiel der Fußballweltmeisterschaft übertragen. Im Publikum eine Gruppe junger Männer, die mal „Sieg Heil“, mal „Heil Hitler“ brüllen und das sogenannte Auschwitzlied singen. Ein Einziger im gut gefüllten Saal fordert die Gruppe auf, damit aufzuhören. Nach dem Spiel lauern die Neonazis dem 26-Jährigen auf, schlagen ihn mit Flaschen und treten auf den am Boden Liegenden ein. Er wird erheblich verletzt. Der Wachschutz greift ein und kann Schlimmstes verhindern.

## Rechte Gewalttäter bleiben weitgehend unbehelligt

Über zwei Jahre haben sie auf den Prozess warten müssen: fünf junge Leute, die nach einem Punkkonzert im Spremberger Jugendclub Erebos von rechten Schlägern brutal überfallen wurden. Ihr Auto wurde zertrümmert, sie selbst durch Scherben und Schläge verletzt. Vor Gericht berichtet Gina L. von den Alpträumen, die sie bis heute hat. Mit der Sache abschließen kann sie aber immer noch nicht, denn nachdem alle Zeugen vernommen waren, wird klar: Für die Bewertung des einzigen Beweismittels gegen den Angeklagten hat die Staatsanwaltschaft kein Gutachten angefordert. Nur das hätte eindeutig feststellen können, ob die Trittspuren am Auto übereinstimmen mit den Schuhen des Angeklagten. Bis es vorliegt könne viel Zeit vergehen, kündigt die Richterin an. Die gesamte Verhandlung muss dann wiederholt werden.

Außerdem hatten die Zeuginnen zum Schutz vor Einschüchterung und Racheakten die Schwärzung ihrer Adressen in den Gerichtsakten beantragt, weil auch der Angeklagte sie einsehen kann. „Die Anträge liegen in der Akte, aber die Schwärzung hat nicht stattgefunden“, beklagt die Anwältin, die Gina L. als Nebenklägerin vertritt. Dass von mehreren Verdächtigen nur ei-

ner vor Gericht stand, liegt an Alibis, die Verwandte und enge FreundInnen den anderen Verdächtigen gaben. Sie alle gehören zum harten Kern der Spremberger rechten Szene. Nach dem Überfall wurde der Staatsschutz auf eine Garage nahe dem Jugendclub Erebos aufmerksam gemacht. Sie entpuppte sich als Treffpunkt einer „Nationalen Bewegung Spremberg“ mit Reichskriegsflagge, Rudolf-Hess-Plakaten und den gesuchten Schuhen an den Füßen des Angeklagten.

### ***Lange Verfahrensdauern und fehlender Opferschutz stärken die rechte Szene***

Im April 2012, kurz vor dem Überfall vor dem Jugendclub Erebos, wurden zwei junge Spremberger von Maskierten in ihrer Wohnung überfallen und beraubt. Eine Spur dieser unpolitisch wirkenden Tat führt zu Martin G., der in Spremberg wegen seiner von rechten Motiven getragenen Gewalt berüchtigt ist. Bis heute gibt es keinen Gerichtstermin. Dies und die Tatsache, dass Martin G. bereits in einem anderen Verfahren zu zwei Jah-

ren Haft verurteilt wurde aber immer noch auf freiem Fuß ist, macht die Opfer fassungslos. Gegen jede Verurteilung strengt G. ein Berufungsverfahren an, das sich durch die Arbeitsweise der Gerichte wieder lange hinschleppt. In der Zwischenzeit geht weiter Gewalt von G. und seinem Umfeld aus.

Völlig unverständlich war der Umgang mit G. in einem weiteren Verfahren im Juli dieses Jahres. Eine Zeugin hatte bereits während der Ermittlungen ausgesagt, G. habe ihr per SMS mit Gewalt gedroht, falls sie gegen ihn aussage. Daraufhin hätte G. wegen Verdunklungsfahr in Haft genommen werden können, aber nichts geschah. Als die Zeugin in der Verhandlung wieder von dem Einschüchterungsversuch berichtet, reagiert das Gericht nicht einmal mit einer Rüge.

Die rechte Szene, die G. um sich scharft, bestärkt all dies in ihrem Gefühl der Überlegenheit und Macht. Das bekam auch die Redaktion der Lokalzeitung Lausitzer Rundschau zum wiederholten Mal zu spüren. Nach ihrer Berichterstattung über den „Erebo-Prozess“ wurden die Redaktionsräume mit Parolen wie „Kill them“, „Wir kriegen euch alle“ und Judensternen besprüht.



Redaktionsräume der Lausitzer Rundschau am 5. September 2014

## Andenken an wohnungslose Todesopfer zynisch vereinnahmt

Im Juli 1992 wird der wohnungslose Emil Wendland in Neuruppin von rechten Skinheads brutal misshandelt und schließlich mit sieben Messerstichen ermordet. Jahre später beginnen antifaschistische Jugendliche die Geschichte des ehemaligen Lehrers zu recherchieren und geben dem bis dahin nicht betrauten Opfer ein Gesicht. 2012 wird eine Gedenktafel am Ort des Geschehens aufgestellt. Seither findet in jedem Juli eine Gedenkveranstaltung statt.

In diesem Jahr hielten auch sieben Neonazis eine Mahnwache ab, denn den lokalen „Kameraden“ war aufgefallen, dass viele Menschen, um die sie in Brandenburg werben, näher an der Wohnungslosigkeit sind als an einem einkömmlichen bürgerlichen Leben. So erkannten sie in Wendland den „deutschen Volksgenossen“, der nicht von ihresgleichen ermordet, sondern durch „subkulturelle Perspektivlosigkeit“ eines Skinheads ums Leben gekommen sei. Emil Wendland sei ein „Missbrauchsopfer im Kampf gegen Rechts“, so die zynische Vereinnahmung des Toten. Diese Mär verteilten sie nach eigenen Angaben auf Flugblättern in 5000 Briefkästen.

Auf ähnliche Weise versuchten Neonazis bereits in Mecklenburg-Vorpommern rechte Morde an Wohnungslosen für ihre Zwecke umzudeuten.

In Brandenburg sind Wohnungslose die größte Gruppe unter den Todesopfern rechter Gewalt. Wie auch im Fall von Emil Wendland wird die Gewalt meistens von Unorganisierten verübt, die Auswahl der Opfer erfolgt jedoch gezielt. Armut, Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit gelten als Beweis für die Minderwertigkeit des Opfers und dienen zugleich zur Legitimierung der Tat, die sich häufig durch besondere Brutalität auszeichnet.

Sozialdarwinismus ist neben Rassismus und Antisemitismus zentral für neonazistische Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zählte für die Jahre 1989 bis 2012 195 Todesopfer und 476 Körperverletzungen als Folge von Angriffen, die von Nicht-Wohnungslosen verübt wurden. Dabei muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Nicht alle, aber etliche der Angreifer, die vor Gericht gestellt werden können, vertreten offen neonazistische Ideen.

## „Ich wollte leben wie die Götter“

Über lange Jahre war Ibraimo Alberto Ausländerbeauftragter in der brandenburgischen Uckermark. Als Schwarzer dort zu leben war nie leicht. Rassistische Anfeindungen bis hin zu körperlichen Angriffen gehörten zu seinem „ganz normalen Leben“, aber auch die Erfahrungen als Leistungssportler und als unermüdlicher Kämpfer gegen Rassismus. Nun hat er mit einem Journalisten zusammen seine Lebensgeschichte aufgeschrieben. Sie beginnt in Mozambique, wo er als Sklave auf einer Siedlerfarm aufwächst. Zum Studieren kommt er in die DDR, muss aber in einem Fleischkombinat arbeiten, und er macht Karriere als Boxer. Nach der Wiedervereinigung bleibt er in Brandenburg und erlebt die schlimmste Zeit neonazistischer Gewalt in Nachkriegsdeutschland. Als sich 2011 bei seinem Sohn zu wiederholen droht, was er selbst erlebt hat, verlässt er mit seiner Familie Schwedt und zieht ins ‚innerdeutsche Asyl‘ nach Karlsruhe. Albertos Geschichte passt in drei Leben. Sein deutsches Leben gibt tiefe Einblicke in unsere Gesellschaft.



**Veranstaltung:** im Rahmen der Interkulturellen Woche veranstaltet die Opferperspektive eine Lesung mit Ibraimo Alberto 22. September, 19 Uhr  
Buchhandlung Sputnik, Potsdam

**Buch:** Ibraimo Alberto (mit Daniel Bachmann): „Ich wollte leben wie die Götter“- Was in Deutschland aus meinen afrikanischen Träumen wurde. Verlag Kiepenheuer & Witsch 253 Seiten, 14,99 Euro

## ANTIDISKRIMINIERUNG

### Rassismus im Alltag stärker in den Blick nehmen

„Die Überwindung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus ist eine Grundvoraussetzung für das Gelingen von Integration und für die gleichberechtigte Teilhabe aller im Land Brandenburg lebenden Menschen“, heißt es im wissenschaftlichen Gutachten, das die Landesregierung zur Evaluation ihres Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ in Auftrag gab. Um dieses Ziel zu erreichen fordern die Autoren die Politik dazu auf, das Thema Alltagsrassismus mehr in den Blick zu nehmen. Genau dies war auch das Anliegen der Antidiskriminierungsberatungsstelle der Opferperspektive. Zusammen mit der Stadt Potsdam, dem landesweiten Aktionsbündnis und der Friedrich-Ebert-Stiftung lud sie im März zu der Tagung

„Alltagsrassismus in Brandenburg“ ein. Auf der gut besuchten Veranstaltung ging es in verschiedenen Workshops darum, für die alltäglichen Formen von Rassismus zu sensibilisieren und zu diskutieren, wie ihnen entgegen gewirkt werden kann. In einer Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und der Integrationsbeauftragten wurde deutlich, dass die Veranstaltung nur der Anfangspunkt einer dringend notwendigen öffentlichen Auseinandersetzung sein kann. Diese voranzutreiben ist das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstelle. Anlässlich der Landtagswahl machte sie die Forderung nach einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz stark und veröffentlichte u. a. Wahlprüfsteine.

## Erstmals Chronik aller rechten Aktivitäten im Land Brandenburg

Bisher dokumentierte der Verein Opferperspektive ausschließlich rechte Gewalttaten. Im Rahmen unserer Recherchearbeit haben wir nun erstmals auch alle anderen rechten Aktivitäten in einer Chronik zusammengestellt und auf der Webseite veröffentlicht. In dem Dokument finden sich auf 45 Seiten über 500 Einträge für das Jahr 2013, angefangen vom in den Schnee getretenen Hakenkreuz über Aufkleber an Mülltonnen und anderen Propagandaak-

tionen, Parteiversammlungen, rechte Konzerte und Neonazidemonstrationen bis hin zu rassistischen Pöbeleien und körperlichen Angriffen. Die Dokumentation macht deutlich: Rechte Umtriebe gehören in Brandenburg nach wie vor zum Alltag. Neben der Auswertung lokaler Medien entstammen die Informationen Rechercheergebnissen lokaler Antifa- und Dokumentationsgruppen. Ebenfalls eingeflossen sind Polizeimeldungen und, sofern keine ande-

re Quelle vorhanden war, Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes und Berichte auf Neonaziseiten. Auch wenn eine solche Chronik niemals vollständig sein kann, bildet sie doch die ganze Bandbreite rechter Aktivitäten in den einzelnen Regionen Brandenburgs ab. Wir hoffen, der Überblick wird lokalen Bündnissen und einzelnen Engagierten eine Hilfe für die Situationsanalyse und Planung von Aktionen gegen rechte Umtriebe vor Ort sein.

## Qualitätsstandards der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt

Die professionelle Beratung und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt ist ein relativ junges Handlungsfeld in Deutschland. Ursprünglich in den 1990er Jahren als Beratung von Betroffenen durch Betroffene begonnen, hat sie sich zu einem spezialisierten Beratungsangebot in der Sozialen Arbeit entwickelt. Nun haben die ostdeutschen Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in wissenschaftlicher Begleitung durch das Deutsche Jugendinstitut Qualitätsstandards für ihre Arbeit festgelegt und veröffentlicht. Zwar richtet sich der Text vor allem an die Fachöffentlichkeit, ist aber auch für alle anderen am Thema Interessierten gut zu lesen und auf der Webseite der Opferperspektive zu finden. Er gibt einen umfassenden Einblick

in das Selbstverständnis der Beratungsstellen und in ihre Analyse des Phänomens Rechte Gewalt. Wesentliche Ziele der Beratungsstellen werden erläutert, z. B. die Erweiterung des gesellschaftlichen Diskurses über Rechtsextremismus um die Perspektive der Betroffenen. Die Beratungsprojekte verstehen sich als Lobby für bzw. von (potenziell) Betroffenen rechter Gewalt und verfolgen daher grundsätzlich eine Doppelstrategie: zum einen die professionelle Beratung und Unterstützung der Betroffenen, zum anderen die gesellschaftspolitische Intervention mit dem Ziel, Solidarisierung anzuregen und gesellschaftliche Prozesse zu fördern, die rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten zukünftig verhindern helfen.

Beratung für Betroffene  
rechter, rassistischer und  
antisemitischer Gewalt  
in Deutschland

Qualitätsstandards  
für eine professionelle Unterstützung



Opferperspektive e. V.  
Rudolf-Breitscheid-Straße 164  
14482 Potsdam

Telefon: 0331 8170000  
Telefax: 0331 8170001

E-Mail: [info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)  
Internet: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

Redaktion: Beate Selders  
Ulrike Imhof  
Fotos: Björn Kietzmann  
Lausitzer Rundschau

Spendenkonto 3813100  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ: 10020500  
IBAN: DE34100205000003813100

